

FORO HISPANO-ALEMAN



DEUTSCH-SPANISCHES FORUM

# **Die Europäische Union: strukturelle Herausforderungen und strategische Perspektiven**

Impulspapier für das 6. Deutsch-Spanische Forum

7./8. April 2011, Berlin

vorgelegt vom Centrum für angewandte Politikforschung (C•A•P),  
Ludwig-Maximilians-Universität München

Die Europäische Union steht erneut vor großen Herausforderungen, die es europäisch zu lösen gilt. Einzelstaatliche Initiativen reichen hierbei nicht aus. Die Zukunft der Europäischen Währungsunion verlangt wirtschaftspolitische Initiativen, die in eine stärker europäisch abgestimmte Wirtschaftspolitik münden sollen. Die hierfür notwendige Synchronisation, auch der nationalen Politik der Mitgliedstaaten, ist noch nicht ausgearbeitet, das Konzept einer weitgehenden wirtschaftspolitischen Integration ist strittig. Der Entwurf einer abgestimmten Wirtschaftspolitik verlangt Initiativen, die besonders von den großen Mitgliedstaaten der Union zu tragen sind. Das fordert auch Deutschland und Spanien heraus und die Frage steht im Raum, welche strategischen Partnerschaften im politischen Konzert Europas besonders aussichtsreich sind. Was also können die Bundesrepublik Deutschland und das Königreich Spanien tun?

Mit Blick auf die langfristige politische, ökonomische und kulturelle Konsolidierung der Union gilt es einen strategischen Ansatz zu etablieren, der den weltwirtschaftlichen und weltpolitischen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts besser gerecht wird als die jetzige politische und wirtschaftliche Architektur in Europa. Die Wettbewerbsfähigkeit des alten Kontinents steht auf dem Spiel. Brasilien, Russland, Indien und China, die sogenannten BRIC-Staaten, klopfen als Konkurrenten europäischer Staaten und Unternehmen vernehmlich an die Tür, zunehmend auch in High-Tech-Bereichen wie zum Beispiel bei der Softwareentwicklung, beim Flugzeugbau oder der Weltraumtechnologie. Die Einbindung Europas in die weltweite Arbeitsteilung und die langfristige Wettbewerbsfähigkeit seiner Unternehmen im Angesicht anwachsender internationaler Konkurrenz wird zum Thema *par excellence*. Beides, die Überwindung der finanzpolitischen Schwierigkeiten im Euro-Raum und die weitere wirtschaftspolitische Integration prägen somit in herausragender Weise die Agenda der europäischen Politik.

Mit dem Vertrag von Lissabon am 1. Dezember 2009 hat die Europäische Union ihre politische Handlungsfähigkeit gestärkt. Angesichts der monumentalen Herausforderungen in Weltwirtschaft und Weltpolitik muss allerdings hinterfragt werden, wo die Europäische Union heute steht und wo sie morgen vital in das politische Geschehen eingreifen kann. Insbesondere die internationale Wirtschafts- und Finanzkrise hat die extreme Verletzlichkeit des politischen Systems der EU, aber auch ihrer Mitgliedstaaten, gezeigt.

### *Herausforderungen im 21. Jahrhundert*

Die Europäische Integration wurde lange getragen von Frieden, wirtschaftlichem Wohlstand und Demokratie. Doch eignen sich diese Ideale auch heute noch, um die Integration zu intensivieren und auszubauen? Die Europäische Union hat durch politisch sensible Verflechtungen

dazu beigetragen, dass auf ihrem Gebiet seit Ende des 2. Weltkrieges kein Konflikt mehr militärisch ausgetragen wurde. Das war das herausragende Ergebnis der Integration und ihrer Gründungsväter. Außerhalb der Grenzen stellen die europäischen Armeen heute Sicherheit und Stabilität her, insbesondere im Kampf gegen den Terror in Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten von Amerika. Ebenso prägt seit ihrem Ausbruch 2008 die Wirtschafts- und Finanzkrise den europäischen Raum. Die Herausforderungen der Globalisierung treten zu Tage, bereits kleinste Verschiebungen der Fiskal- und Handelspolitik anderer Länder haben Auswirkungen auf den europäischen Markt. Das Gefälle des Wohlstandes nimmt auch zwischen den EU-Mitgliedsstaaten stark zu. Auf Seiten des Bürgers stellt sich zunehmend die Frage nach einer ausreichenden demokratischen Legitimation der Europäischen Union. Dies alles trägt dazu bei, dass die Europäische Union auf einen neuen Euroskeptizismus zusteuert, bzw. sich eine gewisse europapolitische Lethargie bei den Bürgern breit macht. Die Vertrauenswerte in die Union sinken, was zweierlei bedeuten kann: Eine Abkehr der Bürger von Europa, oder vielmehr ein Zeichen von Besorgnis über die aktuelle Lage der Union. Betrachtet man das Ergebnis vor dem Hintergrund der Krise, so muss jedoch gesagt werden, dass sich die größte Kritik auf Detailfragen konzentriert. Hinsichtlich der großen Fragen wie Finanz- und Sicherheitspolitik lässt sich feststellen, dass die Bürger Europas hohe Erwartungen an die Europäische Union stellen. Dies zeigt aber auch, dass erkannt worden ist, dass große Fragestellungen nur gemeinsam in einem europäischen Rahmen zu lösen sind und nicht auf nationalstaatlicher Ebene. Deswegen ist Europa dazu aufgefordert, auf die aktive Gestaltung der Politik Einfluss zu nehmen. Es muss seiner weltpolitischen Mitverantwortung gerecht werden.

Mit dem Inkrafttreten des Vertrages von Lissabon ist ein erster Schritt in die richtige Richtung getan worden. Er stellt eine erhebliche Verbesserung der Handlungsfähigkeit und der Demokratiequalität der Europäischen Union dar. Ein klarer Fortschritt ist die hiermit einhergehende Personalisierung Europas durch die Einführung des ständigen Präsidenten des Europäischen Rates, der Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik, sowie einen Kommissionspräsidenten mit größerem Handlungsspielraum. Hierdurch wurde die Europäische Union nach innen und außen gestärkt. Es wird sich zeigen, ob diese zwei neuen Positionen dazu beitragen können, durch ihre Arbeit „Europa eine Telefonnummer zu geben“, wie Henry Kissinger es einst forderte.

Die europäische Integration war immer geprägt durch die Dialektik von Krise und Reform. Es ist nun die Aufgabe der Europäischen Union, sich mit dem notwendigen Rüstzeug zu versehen, um auch aus dieser Krise gestärkt hervorzugehen. Hierfür aber sind weitere Reformen notwendig, allem voran die der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion. Die Mit-

gliedsstaaten dürfen nicht in protektionistisches Verhalten zurückfallen, um sich vermeintlich zu schützen. Gerade in dieser Zeit der Unsicherheit ist eine verstärkte Kooperation und Koordinierung gefragt. Der europäische Einigungsprozess muss fortgesetzt werden, damit die EU an den bestehenden und kommenden Herausforderungen wachsen kann. Europa darf sich dabei nicht nur auf seine eigene Entwicklung konzentrieren, sondern muss auch die Herausforderung der Globalisierung annehmen und zu nutzen wissen. Hierzu muss die politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit weiter vertieft werden, auch wenn dies die Souveränitäten der Mitgliedsstaaten betrifft. Als Ausgleich hierfür muss die europäische Ebene stärker demokratisiert werden. Europa verliert zunehmend an Gewicht, andere Weltregionen wachsen rasant und steigern ihre Wettbewerbsfähigkeit. Dies bedeutet, dass die europäischen Mitgliedsstaaten näher zusammenrücken müssen, anstatt im Alleingang zu agieren, denn nur gemeinsam ist das Projekt Europa erfolgreich.

### **Spanien und Deutschland: Eine strategische Partnerschaft zur Integration Europas**

Spricht man über Partnerschaften in Europa, so wurde lange Zeit zumeist an die französisch-deutsche Achse gedacht, welche von Bundeskanzler Adenauer und General de Gaulle bewusst als Motor der Integration bezeichnet wurde, auch wenn man sich der tief liegenden Ressentiments der deutsch-französischen Rivalität bewusst war. Im Kontext der Überwindung der beiden Weltkriege und angesichts der großen politischen und wirtschaftlichen Bedeutung beider Länder machte diese exklusive Partnerschaft nach 1945 jahrzehntelang Sinn. Die ursprünglichen machtpolitischen Symmetrien in Westeuropa wurden mit der historischen Osterweiterung und den sich ändernden politischen Gewichten in Europa aber fragil. Es stellte sich in den 90er und 2000er Jahren zunehmend die Frage, ob nicht auch andere strategische Achsen und Partnerschaften in Europa politisches Gestaltungspotenzial mobilisieren könnten. Nach der Osterweiterung zeichneten sich neue strategische Verbindungslinien, etwa zwischen Deutschland und Spanien, ab. Wechselnde Machtvakuen waren im Rahmen der Herausforderungen von Irakkrise, Finanzkrise in Russland, Argentinien und Asien oder nach dem 11. September 2001 die Folge. Die gewohnten machtpolitischen Gewichte verlagerten sich. All dies vollzog sich immer in dem großen Spannungsfeld von politischer Rivalität und gesuchter politischer Harmonie zwischen den Mitgliedstaaten, deren Beziehung – in einer langen historischen Betrachtung – wechselhaft von Konflikten, Gleichgültigkeit oder Freundschaft gezeichnet war. Europa war und ist in diesem Sinne als heterogen zu bezeichnen. Eine Partnerschaft zwischen Spanien und Deutschland hat vor diesem Hintergrund das Potential, Europa

zu gestalten. Es ist mit Blick auf das Gewicht von Frankreich oder Großbritannien keine privilegierte Partnerschaft, aber eine robuste Freundschaft, die auch in Zeiten der Osterweiterung der Union und der aktuellen Wirtschafts- und Finanzkrise belastbarer war als etwa die Beziehungen zu Irland oder Griechenland. Deutschland und Spanien verfügen über langjährige Erfahrung in der Schaffung von Synergien, die zu einer hervorragenden Qualität des Austauschs insbesondere in der wirtschaftlichen und kulturellen Dimension führten.

### *Wirtschaftliche Beziehungen*

Deutschland und Spanien sind wirtschaftlich in vielfältiger Weise verflochten. In den Bereichen Tourismus, Automobilbau (SEAT/Volkswagen) oder Flugzeugbau (Airbus) bestehen intensive Kooperationen und Synergien. Deutsche und Spanier haben eine große Sympathie füreinander. Trotz harter Auseinandersetzungen um Netto- und Bruttozahlungen im Zeichen der Osterweiterung der EU konnten Spannungen immer beseitigt werden. Und dies hat historische Wurzeln. Als Deutschland in den 1960er Jahren durch den Wirtschaftsboom einen Mangel an Arbeitskräften zu verzeichnen hatte, ist es auch der Hilfe der spanischen Arbeitskräfte zu verdanken, dass die deutsche Wirtschaft weiter wachsen konnte. Das zweite Anwerbeabkommen wurde im Mai 1960 zwischen Deutschland und Spanien geschlossen<sup>1</sup> und jährte sich somit im vergangenen Jahr zum 50. Mal. Nach dem Anwerbestopp 1973 lebten bis zu 270.000 Spanier in Deutschland; diese Zahl sank zwar nach Ende des Franco-Regimes in den 1980ern, aber auch heute leben noch 130.000 spanische Staatsbürger in Deutschland. Im Vergleich hierzu leben aktuell 500.000 deutsche Staatsbürger länger als drei Monate in Spanien. Deutschland ist zweitwichtigster Handelspartner für Spanien. Umgekehrt stellt Spanien gerade für die deutsche Fahrzeugindustrie einen wichtigen Absatzmarkt dar. Es bleibt abzuwarten, ob die Krise und die hiermit verbunden Probleme der Automobilbranche langfristige Auswirkungen hierauf haben wird. Ungeachtet dessen unterhalten über 1000 deutsche Unternehmen einen Sitz in Spanien und engagieren sich in der 1907 gegründeten Deutschen Handelskammer für Spanien. Diese Firmen stellen insgesamt 160.000 direkte Arbeitsplätze in den spanischen Regionen und erwirtschaften Umsätze von ca. 70 Mrd. €, was ca. 8 Prozent des BIP Spaniens entspricht.<sup>2</sup> Seit 2009 wird von der Deutschen Handelskammer für Spanien auch der Deutsch-Spanische Wirtschaftspreis für Innovationen verliehen. Für in Deutschland ansässige spanische Unternehmen ist die Amtliche Spanische Handelskammer zuständig, welche seit über 80 Jahren ihren Sitz in Frankfurt am Main hat. Mittlerweile gehören auch spanische Marken zum Alltagsbild in Deutschland, insbesondere in der Mode-, Lebensmittel, Finanz-

---

<sup>1</sup> Das erste Anwerbeabkommen wurde 1955 mit Italien geschlossen.

<sup>2</sup> Stand 2008.

und Tourismusbranche. Letztere ist ein wichtiges Standbein der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen geworden. Der Tourismus boomt trotz Krise, jährlich besuchen etwa 11 Mio. deutsche Touristen das Land. Auch für den Ausgleich des Handelsdefizits zwischen Spanien und Deutschland stellt der Tourismus einen wichtigen Faktor dar, denn Spanien importiert mehr als doppelt soviel deutsche Produkte als es spanische nach Deutschland exportiert. Die Ausgaben der deutschen Touristen in Spanien tragen zu einem Ausgleich bei.

### *Kultur & Forschung*

Bemerkenswert ist weiterhin der kulturelle Austausch beider Länder. Ein erstes Kulturabkommen wurde 1939 unterzeichnet und 1954 erneuert. Es sah die Einführung und den Ausbau des Studentenaustausches als hervorragendes Mittel für die interkulturelle Verständigung untereinander, dieses Anliegen wird auch heute noch u.a. durch den Deutschen-Akademischen Austauschdienst fortgeführt. Aber auch deutsche Kultureinrichtungen und Stiftungen, wie z.B. das Goethe-Institut und die Alexander-von-Humboldt Stiftung, tragen vor Ort zum Austausch bei, ebenso wie die über das ganze Land verteilten deutschen Schulen. Auch Spanien engagiert sich mit Cervantes-Instituten und den Filialen des Spanischen Fremdenverkehrsamtes in Deutschland stark im kulturellen Austausch beider Länder. Im Bereich der Forschung existiert eine intensive deutsch-spanische Wissenschaftsbeziehung. Jedes Jahr werden z.B. junge Forscher beider Länder mit dem Julián Sanz del Río-Preis für herausragende junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus Spanien und Deutschland mit der Unterstützung der spanischen Regierung und des Auswärtigen Amtes ausgezeichnet. Er soll dazu beitragen, die bestehende Wissenschaftskooperation beider Länder zu intensivieren.

### *Ausblick*

Europa sucht eine neue machtpolitische Harmonie. Durch eine verstärkte Zusammenarbeit Spaniens und Deutschlands in allen Bereichen kann es zu Synergieeffekten kommen, von denen beide Seiten profitieren werden. Eine Stabilisierung der Wirtschaft in Deutschland und Spanien wird positive Effekte auf die gemeinsame Währung haben und hiervon ziehen alle EU-Mitgliedsstaaten einen Nutzen. Spanien muss sich stärker in die Reformbemühungen einbringen, welche aus der Krise führen sollen, eine Unterstützung des „Paktes für Wettbewerbsfähigkeit“ ist hierbei unumgänglich. Deutschland wird weiterhin als langjähriger Partner an der Seite Spaniens stehen, insbesondere die Unternehmen beider Länder werden hier als „nicht-offizielle“ Botschafter handeln und Impulsgeber der deutsch-spanischen Wirtschaftsbeziehungen sein.

## **Das europäische Unternehmen: Erfahrungen und Ideen in Spanien und Deutschland**

Der europäische Binnenmarkt ist, vom ersten Gedanken an bis zur Vollendung, das Erfolgsprojekt der Europäischen Union. Durch ihn gelang es einen freien Markt zu schaffen, in welchem sich Waren, Dienstleistung, Kapital und Personen frei bewegen können. Zusammen mit der Wirtschafts- und Währungsunion bildet er ein Gerüst, um die europäische Wirtschaft zu stärken und ihre Wettbewerbsfähigkeit zu behaupten.

„*Made in Europe*“ ?

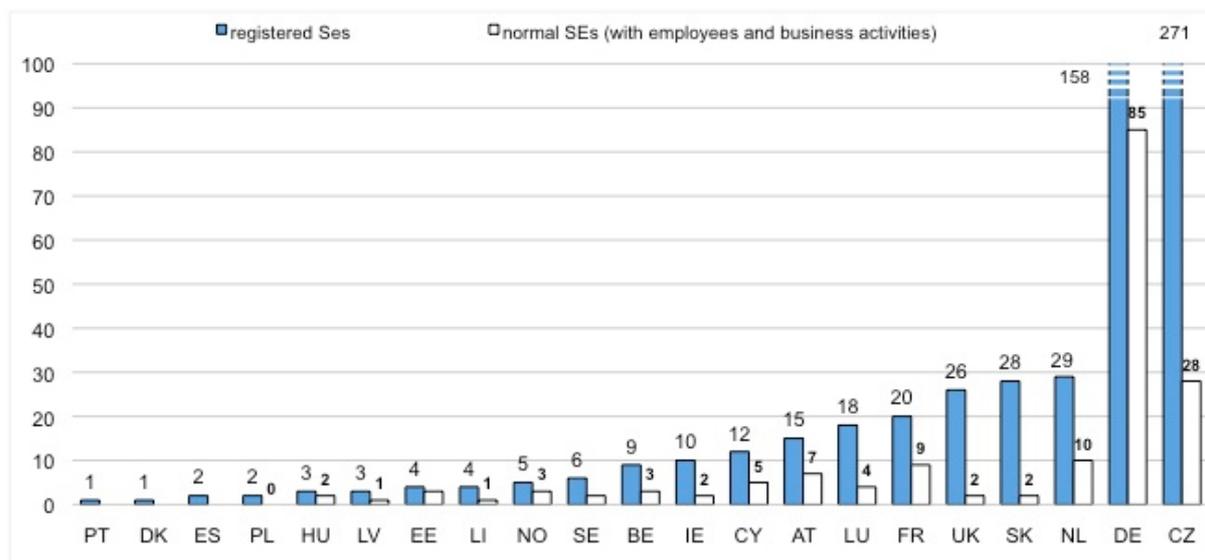
Es stellt sich nun die Frage, ob in diesen Rahmenbedingungen eine Art „europäisches Unternehmen“ Fuß fassen kann, welches sich durch mehrere europäische Standorte und eine europäische Identität auszeichnet. Kann Europa zu einer eigenen Qualitätsmarke „Made in Europe“ werden? Und was bedeutet dieses „Made in Europe“ vor dem Hintergrund globalisierter Märkte? Der Standort Europa steht vor vielen neuen Herausforderungen. Neue „global player“ treten auf die Weltbühne und behaupten sich. Es kann nicht mehr pauschalisiert unterschieden werden zwischen „dem Westen“, also den Industrienationen, und Entwicklungs- und Schwellenländern. Die Globalisierung fordert mehr Flexibilität und Attraktivität des Standorts Europas, um im Wettbewerb mit den aufstrebenden Schwellenländern in Asien und Südamerika mithalten zu können, welche sich in Wirtschaftsbündnissen wie Mercosur oder ASEAN zusammenschließen. Diese sind bei weitem nicht mit der Integrationsfähigkeit der Europäischen Union gleichzusetzen, dennoch ist ihnen eine Konkurrenz zum europäischen Markt nicht abzustreiten. Die zunehmenden Renationalisierungstendenzen und der damit verbundene neue Hang zum Protektionismus können Europas Prosperität gefährden. Die Interdependenzen des Weltmarktes nehmen zu, diesem Phänomen darf sich Europa nicht verschließen. Es muss teilnehmen und aktiv an der Gestaltung des Welthandels mitwirken, indem es seinen Standort stärkt.

*Die Europa AG – Societas Europaea (SE)*

Eine Möglichkeit der Standortstärkung ist, Organisationsstrukturen der europäischen Unternehmen an die neuen globalen Rahmenbedingungen anzupassen und so wettbewerbsfähig bleiben zu können. Diese Bemühungen existieren seit über 30 Jahren und mündeten 2001 in die neu geschaffene Rechtsform der sogenannten *Societas Europaea (SE)*, der Europäischen Gesellschaft, welche 2004 in Kraft getreten ist. Ein wichtiger Anreiz für Unternehmen diese Rechtsform anzunehmen ist das damit verbundene europäische Image nach innen und außen,

welches insbesondere den kleineren und exportorientierten EU-Mitgliedsländern zugute kommt. Ein weiterer Vorteil ist der supranationale Charakter dieser Rechtsform, welche grenzübergreifende Fusionen und strukturelle Veränderungen innerhalb einer Unternehmensgruppe erleichtert. Zudem ist es nun möglich, den Hauptsitz bei Bedarf ohne große juristische Hürden zu verlegen und somit Steuervorteile anderer (europäischer) Staaten schneller nutzen zu können.

Nachteilig sind die mit der Gründung einer SE verbundenen hohen Kosten, die meist nur große Unternehmen, wie beispielsweise Airbus, Allianz oder BASF, tragen können. Betrachtet man die Verteilung der Unternehmen innerhalb der EU, die diese neue Rechtsform angenommen haben, ergibt sich folgendes Bild:



Quelle: European Trade Union Institute (2011): Overview of current state of SE founding in Europe, online unter <http://www.etui.org>, [16.02.2011].

Auffällig ist die hohe Anzahl von SEs in Deutschland (158 SEs) und Tschechien (271 SEs), in Spanien haben lediglich zwei SEs ihren Hauptsitz gemeldet. Dieser Unterschied ist einerseits mit dem System der Mantelgesellschaft zu erklären, welches in Tschechien und Deutschland bereits seit langem Usus ist. So kann die hohe Anzahl der SE-Mantelgesellschaften begründet werden. Andererseits sind in Spanien insbesondere kleine und mittlere Unternehmen ansässig, die nicht über das Kapital zur Gründung einer SE (120.000 €) verfügen, was dazu führt, dass nur sehr wenige SEs in einigen Mitgliedsstaaten gegründet werden. Dem Grundgedanken eine europaweit einheitliche Rechtsform zu schaffen, stehen die unterschiedlichen nationalen Ausführungsgesetze entgegen, was auch zu der unterschiedliche Verteilung der SEs innerhalb der EU führt. Trotzdem ist diese Form des europäischen Unternehmens auf dem Vormarsch. Nach anfänglich nur zögerlicher Umwandlung in den ersten Jahren (2004-2007) hat sich deren Anzahl von 2008 bis 2010 verdoppelt. Es bleibt abzuwarten, ob sich dieser Trend bei Ein-

führung der Europäischen Privatgesellschaft fortsetzt, welche wahrscheinlich mehr Zuspruch, auch bei mittleren Unternehmen, finden wird.

### *Wirtschaftsstandort Europa stärken*

Es ist notwendig, dass Europa ein zentraler Standort für dynamische Unternehmen bleibt, die auch im internationalen Wettbewerb konkurrenzfähig sind, denn die neuen Welthandelsmächte stehen in den Startlöchern, die BRIC-Gruppe ist herangereift. Sie sind die ernst zunehmenden Konkurrenten für europäische Unternehmen auf dem Weltmarkt. Selbstbewusste Unternehmen, die die Marke „europäisch“ tragen, können durch Qualität und Werte dazu beizutragen, den Wirtschaftsstandort Europa zu stärken, auszubauen und zu erhalten. Hierbei müssen sich europäische Unternehmen darauf einstellen, dass Schwellenländer mit weniger Einsatz von Kapital eine zunehmende Qualitätssteigerung ihrer Produkte erreichen und damit der Wettbewerbsdruck steigt. Es muss verhindert werden, dass europäische Staaten aus diesem Grund der Renationalisierung verfallen und versuchen, auf bilateraler Ebene zu agieren. Dies wäre der Idee der Europäischen Union und des europäischen Wirtschaftsraumes gegenläufig. Die Stärke der Unternehmen ist die Grundlage für die Zukunft Europas, denn diese sind die Motoren der europäischen Integration und das Machtpotenzial der Europäischen Union als Wirtschaftsraum. Die bereits bestehende Partnerschaft zwischen Spanien und Deutschland muss auf kultureller und wirtschaftlicher Ebene weiter ausgebaut werden und dazu beitragen, den Wirtschaftsstandort Europa zu fördern.

## **Solidargemeinschaft: Die Zukunft der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion**

Die internationale Wirtschafts- und Finanzkrise, die 2008 auch über Europa hereinbrach, hat das System der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) nachhaltig verändert. Trotz der 27 verschiedenen Modelle für Wirtschafts-, Fiskal- und Sozialpolitik in der Europäischen Union ist in den Euro-Staaten eine große Interdependenz durch die gemeinsame Währung zu konstatieren. Wirtschaftlich und finanziell sind die 17 Mitgliedsstaaten der Euro-Gruppe eng miteinander verbunden und voneinander abhängig, was sich insbesondere in den Entwicklungen der letzten Monate seit der ausbrechenden Krise in Griechenland zeigt.

Wird über den Euro gesprochen, so ist dies nicht nur eine Frage von ökonomischen und finanziellen Aspekten. Der Euro besitzt auch die Symbolkraft, den langfristigen Frieden auf dem Boden der Europäischen Union zu garantieren. Gerade deswegen ist dieses Thema auch so empfindlich zu behandeln, da es hierbei auch um ideelle Fragestellungen geht. Am Weiter-

bestehen eines starken Euros wird die weitere Integration, bzw. die Integrationsfähigkeit der Europäischen Union fest gemacht.

Die Idee, Europa eine gemeinsame Währung und Wirtschaftspolitik zu geben, besteht bereits seit der Gründung der EWG 1957. Dieses in den Römischen Verträgen festgeschriebene Ziel wurde durch den Werner-Plan 1970 weiter ausgebaut. Dieser sah drei Stufen bis zur Schaffung der Währungsunion vor und fand seinen bisherigen Höhepunkt in der Einführung des Euros 2002 als Zahlungsmittel in 12 Mitgliedsstaaten der Europäischen Union. Bis heute sind fünf weitere EU-Staaten der Eurozone beigetreten.

Zu den wirtschaftlichen Aspekten zählen die Einführung der Zollunion und die Vollendung des Binnenmarktes, eine gemeinsam abgestimmte Wirtschaftspolitik wurde aber bisher nicht erreicht. Nun zeigt sich im Zeichen der Krise, dass die zwei Aspekte Wirtschaft und Finanzen nicht voneinander getrennt betrachtet werden können. Eine kohärente Koordinierung der Wirtschafts- und Währungspolitik ist Voraussetzung für den langfristigen Ausweg aus der Krise, denn die bisher unverbindlich getroffenen Vereinbarungen haben ihr Ziel nicht erreicht.

Durch den drohenden Staatsbankrott Griechenlands 2009 zeigte sich, dass der nach Maastricht eingeführte Stabilitätspakt seine Wirkung verfehlt hat. Durch die unzutreffenden Informationen über Haushalt und Schuldenhöhe wurde dieser unterlaufen und hinfällig. Allerdings erodierte er bereits viel früher, nämlich als Deutschland im Jahr 2002 und im darauffolgenden Jahr auch Frankreich gegen die selbst geforderten Stabilitätskriterien verstieß.

Griechenland konnte zwar letztendlich auf bilaterale Hilfe setzen, die anstehenden Sparmaßnahmen muss es trotzdem alleine bewältigen. In einem bisher beispiellosen Kraftakt beschloss kurz darauf die Europäische Union im Mai 2010, gemeinsam mit dem Internationalen Währungsfonds einen Rettungsschirm mit einem Volumen von 750 Mrd. €, aus welchem auch Griechenland bereits Hilfen erhielt. Die Staaten der Europäischen Union stehen alle vor der gleichen Herausforderung, Auswege aus der Krise zu finden. Sie haben jedoch unterschiedliche Ausgangspositionen, um ihre jeweiligen spezifischen Probleme zu bewältigen. Bisher haben insbesondere Griechenland und Spanien die Konsolidierungsmaßnahmen mustergültig umgesetzt und können die anvisierten Sparziele voraussichtlich erreichen. Es genügt jedoch nicht, sich ausschließlich auf den Rettungsschirm zu verlassen, es bedarf vielmehr großer Eigenanstrengungen der betroffenen Länder und ihrer Bevölkerung. Eine umfassende Reform zur Stabilisierung des Euros ist unabdingbar geworden. Ein Geldtransfer zur Rettung der Staatsfinanzen ist nicht ausreichend, das System selbst muss verändert werden. Der Schlüssel hierfür liegt in der Abstimmung der Wirtschaftsmodelle und Wettbewerbsfä-

higkeit der Mitgliedsstaaten. Ein erster Vorschlag hierzu war die von Frankreich vorgeschlagene Form der Wirtschaftsregierung, bestehend aus den Mitgliedern der Eurozone.

### *Eine europäische Antwort auf die Krise*

Man beginnt nun, die Konturen der Zukunft des europäischen Integrationsprozesses zu zeichnen. 2008 machte Frankreichs Präsident Nicolas Sarkozy während der französischen Ratspräsidentschaft den Vorschlag einer informellen europäischen Wirtschaftsregierung mit eigenem Sekretariat, welcher nur die Euro-Länder angehören sollten. Er vertritt die Meinung, dass insbesondere in Zeiten der Krisen eine gemeinsam koordinierte Wirtschaftspolitik essentiell ist. Da dies in der französischen Lesart immer eine staatliche Steuerung wirtschaftlicher Prozesse meint, stieß diese Initiative nicht auf viel positive Resonanz, da hier auch das Subsidiaritätsprinzip im wirtschaftlichen Bereich zur Debatte gestellt wurde. Es sollten Alleingänge der Regierungen verhindert werden, die den Euro als Gesamtes und die Ökonomien der Mitgliedsländer im Einzelnen betreffen. Dies würde aber bedeuten, dass die Mitgliedsstaaten Kompetenzen ihrer Wirtschaftspolitik aus der Hand geben müssten. Das Resultat dieses ersten Vorstoßes ist die nun im Vertrag von Lissabon offiziell festgeschriebene Eurogruppe. Trotzdem fordert Sarkozy weiterhin eine eigenständige Wirtschaftsregierung, die aber auch als Gefahr für die Stellung der unabhängigen Europäischen Zentralbank gesehen wird. Im weiteren Verlauf drängten viele Staaten, darunter insbesondere Deutschland, darauf, alle 27 EU-Mitgliedsstaaten hierin einzubinden, um zu verhindern, dass Europa in Euro- und Nicht-Euro-Länder gespalten wird.

Ein neuer Vorschlag ist der auf Initiative Deutschlands vorgeschlagene „Pakt für Wettbewerbsfähigkeit“. Dieser beinhaltet die Aufstockung des Euro-Rettungsschirmes, Entwicklung eines Krisenmechanismus und eine Reform des Stabilitätspaktes. Zusätzlich sollen Lohn-, Steuer-, Bildungs- und Rentenpolitik abgestimmt werden, allerdings ohne sich dabei auf verbindliche Ziele zu einigen.

Dieses Vorhaben zeigt die Problematik an der momentanen Vorgehensweise: Es muss entschieden werden, ob die „differenzierte Integration“ weiter ausgebaut werden soll, was bedeutet, dass einige Mitgliedsstaaten bestimmte selbstgesteckte Ziele umsetzen, andere nicht. Dies ist auch bei der WWU angewendet worden, bei der nicht alle die dritte und letzte Stufe vollendet haben. Die andere Möglichkeit ist, alle Mitgliedsstaaten gleichberechtigt mit einzubinden. Prinzipiell ist dies als der bessere ideelle Ansatz zu bewerten, allerdings ist er in der Praxis oft nicht anwendbar. Es hat sich gezeigt, dass ein schrittweises Vorgehen einiger EU-Staaten dazu beiträgt, dass erst skeptische Mitglieder nachgezogen haben. Trotzdem birgt die Methode der „differenzierten Integration“ die Gefahr, dass diese kleinteilige Zusammenarbeit

die Arbeit in bestimmten Politikfeldern spaltet. Diese Gefahr bedeutet, dass die Vorteile genutzt werden müssen, letztendlich aber Ziel sein muss, alle Mitgliedsstaaten von demselben Vorgehen zu überzeugen.

Des Weiteren muss über die Nachhaltigkeit der momentanen Reformbemühungen nachgedacht werden. Soll Europa neue Institutionen und verbindliche Entscheidungen schaffen, oder weiter nach der Methode der offenen Koordinierung arbeiten, wodurch Entscheidungen weiterhin informell bleiben würden? Letztere Methode ist von Vorteil, wenn es um Belange geht, in denen die EU keine Entscheidungskompetenz besitzt, sich aber trotzdem dazu äußern muss oder möchte. Diese Möglichkeiten der Flexibilität sind einem großen Gebilde wie der Europäischen Gemeinschaft von Vorteil. Dies darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass diese Art der Koordinierung eines der gravierendsten Probleme im Entscheidungsmechanismus der EU ist. Sie führt zu keinerlei verbindlichen Handlungen und stellt sich damit langfristig als unbrauchbar heraus. Es müssen wirksamere Instrumente gefunden werden, die verbindliche Entscheidungen auf dem Feld der Wirtschaftspolitik zulassen. Europa braucht zudem langfristige Strategien, um die Stabilität der Eurozone sicherzustellen. Gleichzeitig muss aber auch ein Weg gefunden werden um, unter größtmöglicher Wahrung der nationalen Souveränität, die Wirtschaftspolitik der Mitgliedsstaaten besser aufeinander abzustimmen. Eine „europäische Antwort auf die Krise“ muss sowohl verbindliche Entscheidungen als auch funktionierende Sanktionsmechanismen beinhalten. Nur so kann die Wettbewerbsfähigkeit aller Mitgliedsstaaten sichergestellt werden und die Europäische Union weiterhin als „*global player*“ auftreten.

### **EU & Schwellenländer – Wirtschaftssymbiose auf Dauer?**

Der Welthandel des 21. Jahrhunderts ist einerseits geprägt durch Liberalisierung und Deregulierung, andererseits aber auch durch protektionistische Reflexe der Abschottung. Diesem Dilemma gilt es entgegenzutreten. Europa muss seinen Standort stärken, denn durch die voranschreitende Globalisierung erhöht sich die Konkurrenz. Die Wettbewerbsfähigkeit der EU galt lange Zeit als beispielhaft. Durch die Schaffung des gemeinsamen Binnenmarktes wurde diese erhöht und stabilisiert. Eine starke Wirtschaft und Wohlstand waren über lange Zeit Kennzeichen der westlichen Hemisphäre. Doch zeichnet sich in den letzten beiden Jahrzehnten ein Wandel ab: „*Shifting wealth*“ wird zum zentralen Schlagwort.

## Die „Welt der Vier Geschwindigkeiten“

Als sich Anfang der 90er Jahre die BRIC-Staaten öffneten, kam es durch eine Art von „Goldgräberstimmung“ zu einem vermehrten ausländischen Investitionsfluss in diese Regionen. Jedoch folgte darauf auch ein Schock des globalen Arbeitsmarktes. Grund hierfür ist, dass immer mehr Produktionskapazitäten in Entwicklungsländer, insbesondere nach Ostasien, abwanderten. Während der Westen sich zunehmend deindustrialisiert und sich zu einer Dienstleistungsgesellschaft wandelt, findet in den oben genannten Ländern die Zweite Industrielle Revolution statt. Diese Phase, die Europa, die Vereinigten Staaten und Japan längst durchlaufen haben, ist gekennzeichnet durch Rohstoffhunger, wachsende Industrien, Technologisierung und Innovationen. Dies führt zu einer Veränderung der Weltkarte. Es kann nicht mehr nur zwischen der alten Einteilung „Nord“ und „Süd“ unterteilt werden. In Anlehnung an James Wolfensohn, ehemaliger Präsident der Weltbank, wird mittlerweile von der „Welt der vier Geschwindigkeiten“ gesprochen<sup>3</sup>:

### Die „Welt der vier Geschwindigkeiten“

#### „affluent states“

Unter ihnen versteht man wohlhabende Staaten, in denen ca. 20% der Weltbevölkerung leben. Sie beanspruchen die Führungsrolle der Welt für sich.

#### „converging states“

Staaten mit mittlerem bis niedrigem Durchschnittseinkommen, sie versuchen ihre Wachstumsrate zu erhalten und auszubauen. Zudem findet eine Annäherung an den Wohlstand der „affluent states“ statt, deren selbsternannte Führungsrolle angezweifelt wird.

#### „struggling states“

Staaten mit starkem, aber unregelmäßigem Wachstum, die meist keine internationale Hilfe empfangen, aber auch über keine Stimme auf dem internationalen Parkett verfügen

#### „poor states“

Staaten mit stagnierendem, bzw. rückläufigem Einkommen. Sie leiden meist unter den Folgen des Klimawandels und hohen Rohstoffpreisen.

Innerhalb der letzten 20 Jahre, hat sich die Verteilung der unterschiedlichen Länderkategorien verändert: Die Schwellenländer bauen zunehmend ihren Handel aus, aber sie sind bei weitem nicht ausschließlich abhängig vom Export an die führenden Industrienationen. Mittlerweile halten sie einen Anteil von 37 Prozent am globalen Welthandel, insbesondere durch die wirtschaftliche Kooperation untereinander.<sup>4</sup> Der ausgeprägte Süd-Süd-Handel und die Investitionsflüsse untereinander können ein weiterer Motor des Wachstums der Schwellenländer werden. Unternehmen dieser Regionen investieren lieber in gleiche oder weniger entwickelte Ökonomien, da ihre Technologien meist auf die Märkte von Entwicklungsländern zugeschnit-

<sup>3</sup> Wolfensohn, James (2007): The Four Circles of a Changing World, in: The New York Times, 4. Juni.

<sup>4</sup> OECD (2010): Perspectives on Global Development 2010. Shifting Wealth, Paris, S. 18.

ten sind. Aber nicht nur hinsichtlich des Exportes von Waren und Dienstleistungen wächst der Markt der Schwellenländer. Der Bereich der Forschung und Entwicklung, ursprünglich v.a. in Europa, Amerika und Japan beheimatet, wandert zunehmend in die Entwicklungsländer. Begründet liegt dies in den schnell wachsenden Märkten und der Zugang zu günstigen Forschern und Forschungseinrichtungen. Europa muss sein Augenmerk darauf richten, nicht den Anschluss zu verlieren. Bereits heute leben weltweit über 40 Prozent der Forscher in Asien. Dies bedeutet, dass der wissenschaftliche und technologische Austausch zwischen Europa und den Schwellenländern ausgebaut werden muss.<sup>5</sup> Nur so kann sichergestellt werden, dass globale Ziele erreicht werden können und die spezifischen regionalen Aspekte Berücksichtigung finden. Eine Möglichkeit hierfür ist, interregionale Foren wie das Asien-Europa-Treffen (ASEM) zu stärken und zu erweitern, um Erfahrungen und Ideen auszutauschen, aber auch um Wertvorstellungen und Bedenken, wie z.B. bezüglich Energiesicherheit und Klimaschutz, anzusprechen und zu diskutieren.

#### *Handel EU-Schwellenländer*

Im Jahr 2009 importierte die Europäische Union Waren im Wert von 214 Mrd. € aus China – dies ist mehr als doppelt so viel wie der Wert der Waren, welche die EU nach China ausgeführt hat (82,4 Mrd. €)<sup>6</sup>. Aber nicht nur China steigert sein Handelsvolumen mit Europa. Auch andere Schwellenländer, wie Brasilien und Indien, avancieren zunehmend zu den wichtigsten Handelspartnern der Europäischen Union. Sie zählen seit 2009 zu den Top 10 der wichtigsten Importeure europäischer Waren. Insgesamt wurden 2009 ca. 17% der Exporte der Mitgliedsstaaten in Schwellenländer ausgeliefert, 70 Prozent werden immer noch intern unter den EU-Mitgliedsstaaten gehandelt. In Afrika sind europäische Staaten momentan noch Hauptlieferanten, dies kann sich aber durch das verstärkte Engagement der asiatischen Staaten - auch hier ist China hervorzuheben - in den kommenden Jahren ändern.<sup>7</sup>

Betrachtet man die Handelsbilanzen, ist die Diskrepanz zwischen Importen und Exporten in Schwellenländern auffällig. Dies liegt unter anderem in der Aufrechterhaltung von Handelshemmnissen auf beiden Seiten. Die zunehmende Liberalisierung und Deregulierung des Welthandels stellt zunehmend eine Gefahr für Europa dar, da dies den Konkurrenzdruck erhöht, was zu protektionistischen Reflexen führt. Betrachtet man die Handelswaren, so ist zu erkennen, dass insbesondere der Agrarmarkt seitens der Europäischen Union geschützt wird.

---

<sup>5</sup> Europäische Kommission (2009): The World in 2025. Rising Asia and socio-ecological transition, Brüssel.

<sup>6</sup> Eurostat (2011): External and intra-European Union trade. Monthly statistics, Nr. 02, Luxemburg, S. 42 f.

<sup>7</sup> WTO (2009): World and Regional Export Profile 2009, online unter URL: [http://www.wto.org/english/res\\_e/statis\\_e/world\\_region\\_export\\_09\\_e.pdf](http://www.wto.org/english/res_e/statis_e/world_region_export_09_e.pdf) [02. Februar 2011].

Hauptimportwaren aus China sind Maschinen, Fahrzeuge, Halb- und Fertigwaren (ca. 70 Prozent). Ziel der Union ist es, auch diese Güter in einer höheren Menge in Entwicklungsländer exportieren zu können. Hemmnis hierfür aber sind die hohen Zölle für Industriegüter in den Schwellenländer und die Agrarsubventionen auf europäischer Seite. Seit 2001 setzt sich die sogenannte Doha-Runde innerhalb der *World Trade Organization* (WTO) mit diesem Problem auseinander. Hauptakteure sind die G6 – EU, USA, Australien, Brasilien, Indien und Japan. Hauptstreitpunkte sind u.a. die hohen Agrarsubventionen der Europäische Union und der USA, die dadurch den Konkurrenzdruck auf ihre Agrarprodukte verringern. Auf Seiten der Schwellenländer wird über eine Senkung der Zölle auf Industriegüter verhandelt, die durch diese Schutzmaßnahme versuchen, ihre noch jungen Industrien zu schützen. Das ursprünglich gesetzte Ziel diese Runde bis 2005 abzuschließen, ist gescheitert, bisher kam die Doha-Runde zu keinem Ergebnis. Hauptproblem ist, dass eine Kürzung der Agrarsubventionen nur zur Debatte steht, falls im Gegenzug die Märkte für Industriegüter und Dienstleistung geöffnet werden, anderenfalls werden die Industrienationen diesen Zug innenpolitisch kaum vertreten können. Es hängt also alles davon ab, wer den ersten Schritt wagt und ob anschließend auch alle 153 Mitglieder der WTO dem Beschluss zustimmen.

#### *Das neue Selbstbewusstsein der Schwellenländer*

Nicht nur im wirtschaftlichen Bereich emanzipieren sich die BRIC-Staaten zunehmend, auch auf politischer Ebene fordern sie mehr Mitspracherechte und Gestaltungsmöglichkeiten. Staaten, die in den 1990er Jahren nach der Öffnung ihrer Märkte mit dem System der Marktwirtschaft zu kämpfen hatten, zählen mittlerweile zu den Staaten, die den Führungsanspruch der wohlhabenden Industrienationen bezweifeln und hinterfragen. Dies ist auch daran zu erkennen, dass sich neben Deutschland und Japan auch Brasilien sowie Indien dem Vorschlag einer Reform des UN-Sicherheitsrates angeschlossen haben und einen ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat für sich beanspruchen. Es muss auf dem internationalen Parkett erkannt werden, dass die jetzigen Schwellenländer in diesem Jahrhundert eine entscheidende Rolle spielen werden. Sie sind entscheidend für die Integration der globalen Kapital-, Güter- und Dienstleistungsmärkte und sind Motoren der regionalen Kooperation. Es ist Aufgabe der Europäischen Union, freien Handel zu gewährleisten und das Wachstum der Schwellenländer zu unterstützen, darüber hinaus aber nicht die Verantwortung für den gemeinsamen Binnenmarkt aus den Augen zu verlieren. Die zunehmende Urbanisierung wird zu einem wachsenden Bedarf an Infrastrukturgütern, Energie- und Umwelttechnologien führen und verbunden mit dem demographischen Wandel auch den Bedarf an Gütern der Pharmaindustrie, Biotechnologie und Medizintechnik verstärken. Ein zunehmender Protektionismus würde das weltweite

Wachstum gefährden. Herausforderungen und Probleme der globalisierten Welt gehen über nationalstaatliche Grenzen hinaus, weswegen ein stabiler makroökonomischer Rahmen in der EU notwendig ist. Eine aktive Teilnahme europäischer Unternehmen ist für die Vertiefung und Erweiterung der internationalen Kooperation auf wirtschaftlicher, aber auch auf politischer Ebene unerlässlich. Die Wettbewerbsfähigkeit und Standortqualität müssen gefördert werden, ein aufkeimender Protektionismus würde Wachstum, Beschäftigung und Wettbewerb verhindern. Ziel muss sein, durch die Bündelung von Interessen und einer strategischen Ausrichtung auf verstärkte wirtschaftliche Kooperation eine win-win-Situation zu schaffen. Nur so können die sozioökonomischen Auswirkungen des „*Shifting Wealth*“ auf Wirtschaft und Gesellschaft in Synergieeffekte umgewandelt werden.

### **Ausblick**

Vor dem Hintergrund der aktuellen weltpolitischen Lage ist anzumerken, dass in Problemphasen immer Reformleistungen zu tätigen sind. Diese können auch durch die strategische Partnerschaft zweier EU-Länder angestoßen und ausgebaut werden. Hierfür eignen sich insbesondere Spanien und Deutschland, da sie innerhalb der Europäischen Union in ihren Positionen zu entscheidenden Politikfeldern nahe beieinander liegen. Deswegen ist eine verstärkte Kooperation dieser beider Staaten essentiell, um ihre eigenen Positionen im Konzert der Nationen herauszuarbeiten und auch durchzusetzen. Die bestehende strategische Partnerschaft muss hierfür ausgebaut werden. Ziel muss trotzdem immer bleiben, dass sich Europa als Ganzes seiner weltpolitischen Mitverantwortung stellt.

Des Weiteren müssen europäische Strategien der Kooperation mit unseren Partnern außerhalb der Europäischen Union gepflegt und erweitert werden. Hierzu zählt insbesondere die transatlantische Verbundenheit, aber auch die Beziehungen zu Japan und Russland. Zusätzlich müssen auch die Partnerschaften mit den sogenannten BRIC-Staaten (Brasilien, Russland, Indien, China) intensiviert werden, da sie in Zukunft eine entscheidende Rolle auf dem politischen Parkett spielen werden. Thematische Felder werden die bereits lange bekannten Fragen der Energie- und Klimapolitik, dessen globale Auswirkungen auf der Hand liegen, sowie auch Aspekte der Sicherheitspolitik sein. Dies gewinnt angesichts der aktuellen Transformationsprozesse in Nordafrika und der Arabischen Welt zunehmend an Bedeutung. Die Europäische Union muss hierbei ihre Rolle definieren: Möchte sie nur Zuschauer sein, oder die Bürger dieser Länder aktiv dabei unterstützen, neue Staaten mit demokratischer Legitimation zu schaffen? Aber auch die Solidarität der europäischen Staaten untereinander ist gefragt, da die

zu befürchtenden Flüchtlingsströme insbesondere die Mittelmeeranrainer der EU betreffen. Die Europäische Union muss auf die aktuellen strukturellen Herausforderungen strategische Antworten geben.